

gesellschaft stützt. Ein Bekenntnis zum Atomausstieg muss einhergehen mit dem Bekenntnis zum Umbau, bei dem der Konsument auch zum Produzenten wird, bei der gesellschaftliche Verantwortung von allen übernommen wird. Dabei wird es Entscheidungen geben, die nicht alle zufriedenstellen können, denn womöglich kann nicht jede Hochspannungsleitung unterirdisch verlegt werden.

Ein solcher Prozess des Aushandelns, verbunden mit einer neuen Gemeinwohl-

orientierung und einem gesamtgesellschaftlichen Bekenntnis, ist die einzig mögliche Antwort auf die Frage, was Deutschland aus den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima lernen kann. Darum ging es ihnen: dass etwas gelernt würde aus der Tatsache, dass der Begriff von der friedlichen Nutzung der Atomkraft ein Widerspruch in sich ist – das war der Auftrag, mit dem der Liquidator und der Hubschrauberpilot aus der Ukraine ihre Zuhörer in Berlin zurück ließen.

Richard Meng

Die modisch-grüne Republik

Das Parteiensystem nach den Frühjahrswahlen

Oh wie grün sind sie plötzlich alle. Die Kanzlerin hatte schon vor den Wahlen ihr Atommoratorium verkündet – ein damals eher taktisches, wie wir dem Geplapper des Wirtschaftsministers entnehmen konnten. Nach dem Stuttgarter Mehrheitsverlust hat bei Schwarz-Gelb geradezu ein Wettlauf um die Ausstiegskrone begonnen. Hauptsache: Wir haben verstanden. Und darin zeigt sich etwas, jenseits offenkundiger politischer Panik auf der parlamentarischen Rechten.

Richard Meng

(* 1954) ist Sprecher des Senats von Berlin.



sprecher@senatskanzlei.berlin.de

Ist das jetzt der letztendliche Triumph inhaltlich-grüner Hegemonie? Auch wenn man gut daran tut, diese Frage so für völlig falsch gestellt zu halten, kommt an ein paar bemerkenswerten Grundbefunden niemand vorbei. Nur einer davon betrifft die tiefsitzende, durch die Bilder aus Japan neu mobilisierte Atomangst. Ein anderer zeigt sich in der großen Bereitschaft eines überschaubaren, aber wachsenden Teils des Publikums, für ökologisch verträglichere

Produkte höhere Kosten in Kauf zu nehmen. Ein dritter aktueller Befund: Hartnäckig bestätigten Umfragen immer neu, dass eine stabile Mehrheit gegen einen Bundeswehreinsatz in Libyen ist und sogar die außenpolitisch kruzepinliche deutsche Enthaltung im UN-Sicherheitsrat gut heißt.

Atom, Umwelt, Frieden: Hier tickt Deutschland heute anders, konsequenter – rationaler und/oder gefühlsgesteuerter – als die meisten Nachbarn. Und zur jüngeren deutschen Geschichte gehört nun einmal, dass die Grünen gegründet wurden, weil die Schmidt-SPD bei genau solchen Themen mehrheitlich ignorant war, dass also die Grünen einst als politischer Ausdruck einer kulturellen Generationsbewegung begannen, und diese Generation jetzt in dem Alter ist, in dem Generationen die Gesellschaft prägen.

Grüne Prägekraft, auch bei Schwarz-Gelb?

Nun häufen sich nach den Wahlen von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg schon wieder politische Analysen, die aus dieser kulturellen Prägekraft einen unabweisbaren parteipolitischen Trend machen. Die einfachste Antwort darauf ist: Nur ein paar Wochen vorher hatte Hamburg gezeigt, dass von einer Prägekraft der Partei Die Grünen keine Rede mehr sein kann, wenn sie erst irgendwo ein paar Jahre regiert hat und damit für konkrete Politik verantwortlich war. Für ihre Grenzen, Kompromisse, Undurchschaubarkeiten, Widersprüche, Härten. Schnell vorbei sind dann die bequemen Projektionen all der unschuldigen mainstreamigen Hoffnung auf genau diese Grünen – weil man auch in Zeiten wohligh-schauerlicher Politikverachtung ja gerne auf irgendetwas Neues hofft, wenn man noch wählen geht.

Schwarz-Gelb versucht nunmehr, genau diese Projektionsfläche wieder einzugemeinden. Die alten Konservativen verstehen Merkmals Welt schon lange nicht mehr, jetzt reibt sich auch der Wirtschaftsflügel entsetzt die Augen. Was in der Frauen- und Familienpolitik mit Ursula von der Leyen wahltaktisch schon funktionierte, soll atompolitisch fortgesetzt werden. Die Übernahme von Positionen, mit denen eigentlich eher das linke Spektrum Mehrheiten hinter sich weiß, in eine zunächst nur oberflächlich modernisierte konservativ-liberale Rhetorik. Eventprogrammatik, weil ja auch das Wahlvolk immer so eventbezogen abstimmt.

Ob das beim Thema Atomausstieg ausgerechnet bei Schwarz-Gelb sachpolitisch gutgehen kann, weil letzten Endes ja massive wirtschaftliche Interessen im Raum stehen, wird sich zeigen. Parteistrategisch jedenfalls ist das neue Spiel leicht durchschaubar: Die Merkel-CDU versucht schon wieder rapide, die schwarz-gelben Lagergrenzen aufzuweichen und Schwarz-Grün

neu ins Spiel zu bringen. Als strategische Option ohnehin, aber auch als sehr reale Variante, als sei in Hamburg nichts gewesen. Nicht von ungefähr haben Grüne und CDU sich vorgenommen, bei den Herbstwahlen im Land Berlin auch Grün-Schwarz nicht auszuschließen. Hauptsache Machtoption, die Schnittmengen werden sich finden. Von wegen also inhaltliche Hegemonie. Welche Inhalte? Anpassungsbereitschaft pur.

Rot-grüner Kulturbruch wirkt bis heute

Mediale Unterstützung findet sich gerne. Denn auch das ist Realität nach 30 Jahren parteigrüner Präsenz: In bestimmten Teilen der Gesellschaft, zu denen ein sehr großer Teil des politischen Journalismus gehört, sind die Grünen als Parteipräferenz heute tatsächlich hegemonial. Das gilt eher in weit verstandener kultureller Hinsicht denn in enger programmatischer – aber gerade deshalb: In der großstädtischen Mittelschicht mittleren Alters ist es heute politisch korrekt, sich »grün« zuzuordnen.

Das bedeutet, bestimmte eher wertkonservative Fragestellungen ganz ins Zentrum zu rücken, anderen (insbesondere klassischen Wirtschafts- und Sozialthemen) eher distanziert bis überheblich gegenüber zu stehen. Womit über den Begriff »grün« letztlich eben auch der gefühlte Markenkern der grünen Partei beschrieben ist, mögen einzelne Unionsleute oder viele Sozialdemokraten programmatisch auch genauso »grün« sein.

Der Kulturbruch der Generationen, den die älteren Parteien vor 30 Jahren in Kauf nahmen, wirkt sich bis heute aus, weil er die Lebensläufe prägte. Manche empfinden bis heute Unterwerfungsangst gegenüber den Sozialdemokraten, von denen sie sich einst abwendeten. Als wären sie in einem immerwährenden biografischen Befreiungskampf, in dem nichts abscheu-

licher und vielleicht auch bedrohlicher erscheint als der mittelmäßige sozialdemokratische Kompromiss, vor dem man doch geflohen war: Das ist speziell anhand der Schwarz-Grün-Faszination und des chronischen SPD-*Bashings* in sich als links-liberal empfindenden Medien zu erkennen. Während umgekehrt der SPD immer noch häufig Menschen fehlen, die kulturelle Brücken in kreative, weniger materiell-kleinbürgerlich geprägte Milieus hinein schlagen können.

Die Frage ist mehr als berechtigt, ob in solchen Verhältnissen tatsächlich dauerhafte neue Mehrheitskonstellationen zu erwarten sind und wie sich dabei künftig die Gewichte verteilen. Der Aufschwung der Grünen ist leistungslos zustande gekommen. Sie haben weder mit neuen Ideen noch mit neuen Personen Debatten geprägt. Sie haben als Fast-Überall-Opposition besonders stark vom medial ständig neu geschürten Volkszorn profitiert. Sie selbst leben in der Vorstellung, dass der Generationenwechsel sie automatisch weiter stärken wird. Das ist aber nur richtig, wenn sich SPD und Union aus den »grünen« Milieus des urbanen Bürgertums immer weiter abmelden, wie es ihnen die jeweiligen Traditionsflügel im Zweifel anraten. Und die grüne Begrenztheit im Inhaltlichen wird selbst dann bleiben, weil sie in diesen Hochburgen umso mehr Klientelpartei sind.

Suche nach der politischen Klammer

Schwarz-Gelb andererseits hat abgewirtschaftet, ohne jemals gewirtschaftet zu haben. Das bedeutet: Nicht einmal die Wunschkonstellation der Wirtschaft hat irgendetwas Prägendes zustande bekommen. Der Bundesrat wird auf Jahre hin unübersichtlich bleiben – mit Mehrheiten im Zweifel gegen alles und für nichts. Positiv-realpolitische Prognosen für die Links-

partei sind für die Bundesebene nicht erkennbar. Rot-Grün immerhin hat aus heutiger Sicht eine gewisse neue Mehrheitschance, aber auch dies zunächst eher nur aus dem Anti heraus.

Die Dinge derart parteitaktisch zu betrachten, entspricht der medialen Wirklichkeit. Aber die eigentliche Frage wird durch die modische Bereitschaft, Zukunft hurtig mit »irgendwie grün« zu übersetzen, eher überdeckt als beantwortet. Die Gesellschaft ist immer noch weit breiter als ihr neues Bürgertum. Im Gegenteil: Schließlich erodiert sie in verschiedene Richtungen. Und wer die sozial Abgehängten nicht mehr mitnehmen kann oder will (auch kulturell), scheidet geradezu zwangsläufig an populistischem Widerstand, sobald es konkret wird.

Gewiss, die idealistisch-individualistische Generation hat in Deutschland eine Sensibilität bewirkt, die früher undenkbar war und in weiten Teilen Europas, erst recht darüber hinaus, bis heute in dieser Rigorosität undenkbar ist. Aber sie sollte sich nicht mit dem gesellschaftlichen Ganzen verwechseln, bei all ihrer öffentlichen Prägekraft.

Das ist der Punkt, an dem die grüne Milieupartei weiter ihre Grenze findet, egal ob sie aus der Opposition heraus örtlich nun eher 15 oder eher 20 % erreicht. Der Punkt zugleich, an dem nur Volksparteien die nötigen Brücken bauen können. Parteien, in denen Menschen zusammen finden, die gerade nicht zu allem dieselben emotionalen Reflexe haben und dieselben schnellen Antworten geben. Parteien, die – wenn es gut läuft – auch kulturelle Klammer sind und nicht nur Speerspitze des Gutgemeinten.

Ja, der Atomausstieg muss jetzt beschleunigt und unumkehrbar gemacht werden, auch wenn das ökonomisch kurzfristig kostet. Je mehr Parteien sich diesem Projekt anschließen, desto besser für die Akzeptanz auch bei den bevorstehenden Begleitproblemen. Mal sehen, wie stand-

fest die schwarz-gelben Wendehälse dann noch sind und wie konsequent die grünen Ein-Punkt-Idealisten. Wirtschaft und Infrastruktur und Nachhaltigkeit und Partizipation? Baden-Württemberg wird ein neuer Referenzraum werden für solche Zukunftsdebatten.

Neben dem Atomausstieg aber müssen andere Themen angepackt werden. Wirtschaftliche Themen und die Frage des sozialen Zusammenhalts über die Milieus hinweg, Integration und Armut, Demokratiethemata, die Unterdeckung der Staatsfinanzen. Da ist der Markenkern anderer Parteien als der der Grünen berührt. Egal

auch hier, wie sozial oder wirtschaftskompetent sich dann diese Grünen darzustellen versuchen.

Programmatische Trennschärfe der Parteien bis in jedes Detail ist ohnehin passé. Umso mehr kommt es auf politische Haltung und persönliche Glaubwürdigkeit an. Aber grundlegende politische Impulse haben auch künftig immer mit Abgeben und nicht nur mit Zugewinnen zu tun. Mit Verteilung also und nicht nur mit Gefühlsbindung. Noch ist nicht erkennbar, wie die neue politische Klammer nach den Jahren des Lavierens, wie die Zeit nach Angela Merkel, aussehen wird.

Kai Hafez

Plädoyer für eine neue (Nah-)Ostpolitik

Die aktuelle politische Uneindeutigkeit der USA und der EU gegenüber den arabischen Autokratien einerseits und den Demokratisierungsbewegungen andererseits offenbart wieder einmal die Kluft zwischen werteorientierter Rhetorik und interessenorientiertem Handeln. Unser Autor skizziert die Eckpunkte für eine konsistente Außenpolitik des Westens.

Aus der Sicht vieler Menschen in der arabisch-islamischen Welt, aber auch in Deutschland und Europa, war die westliche außenpolitische Reaktion auf den politischen Umbruch in Ägypten zu zögerlich und inkonsequent. Von den Außenpolitikern der ersten Reihe, von Barack Obama oder europäischen Außenministern, traute sich niemand, den Diktator Hosni Mubarak offen zum Rücktritt aufzufordern und die Demokratiebewegung zu unterstützen. Das D-Wort wurde tunlichst vermieden und durch den vagen Begriff der »Reform« ersetzt, dem sich die Regierung Mubarak stellen müsse. Wenn schon »Demokratie«, dann müsse das alte Regime die Sicherheit der Bürger und einen friedlichen Übergang dorthin garantieren. Ein klares Bekenntnis zu einer Demokratisierung, die, was jedem auf dem Kairoer Tahrir-Platz klar war,



Kai Hafez

(*1964) ist Politologe und seit 2003 Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Erfurt und 2010/11 zugleich Visiting Fellow der American University in Cairo.

kai.hafez@uni-erfurt.de

nicht von den Kräften des alten Regimes allein getragen werden konnte, hätte anders ausgesehen.

Am zweiten Tag der Aufstände, als ich selbst noch in Kairo war, rief mir einer der Demonstranten zu: »Hoffentlich bekommen wir keine demokratisch gewählte Pfeife wie Obama!« Man könnte sich über das neue Selbstvertrauen der Ägypter freuen oder auch Obama in Schutz nehmen, der immerhin noch deutlicher Stellung bezog